

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/79

Bonn, den 26. April 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	<u>Politik wird politischer</u> Diskussionen beherrschten den Wahlkampf in Baden-Württemberg	69
3 - 4	<u>Die klassenlose Schule</u> Ein kühnes Experiment bei Hamburg Von Ulrich Mackensen	90
5 - 6	<u>Forderungen der französischen Kommunisten</u> Wie sich das Zentralkomitee "das Frankreich nach de Gaulle" vorstellt Von Georg Scheuer, Paris	71

*

*

*

Politik wird politischer

Diskussionen beherrschten den Wahlkampf in Baden-Württemberg

sp - Wohl selten seit Bestehen der Bundesrepublik erwartet man im In- und Ausland das Ergebnis einer Landtagswahl mit so großer Spannung wie das der Wahl am kommenden Sonntag in Baden-Württemberg. Es ist nicht nur die Regierung der Großen Koalition in Bonn und in Stuttgart, die von Beobachtern des politischen Geschehens in Deutschland als Grund für ihr Interesse angegeben wird. Vielmehr sind durch die Studentendemonstrationen und die Vorstöße der sogenannten außerparlamentarischen Aktion bisher kaum beachtete Argumente an die Oberfläche gelangt, die auch in dem sonst so beschaulichen Bundesland Baden-Württemberg die Wogen der Erregung ansteigen ließen. Hatte man vor einigen Monaten noch geglaubt, auch dieser Wahlkampf werde ausschließlich mit der schon zur Routine gewordenen Prominentenshow durchgeführt werden können, und hatte man angenommen, Symbolplakate genügten, um das Wählervolk in Bewegung zu bringen, so mußte man sich bald eines Besseren belehren lassen.

In kleinen und großen Versammlungen entwickelte sich in zunehmendem Maße, meist ausgelöst von jüngeren Menschen, eine allgemeine Diskussion über die Landes- und Bundespolitik. In Veranstaltungen, die als Kundgebungen angesagt waren, wurde plötzlich heiß debattiert. Gegen Ende des Wahlkampfes konnte auch der prominenteste Redner nicht der Diskussion ausweichen. Willy Brandt durchbrach als erster die Routine, als er sich in Kundgebungen fragenden Studenten und Schülern stellte. Auch Kurt Georg Kiesinger mußte bald erkennen, daß er ein Publikum vor sich hatte, das mehr verlangte, als eine kurze Ansprache.

Hierbei ging es mitunter recht turbulent zu und gelegentlich fiel auch ein hartes Wort, das den örtlichen Parteifreund eines prominenten Gastes erschreckt haben mag. Aber nirgendwo kam es zu Ausschreitungen. Im Gegenteil, wo anfänglich laute Zwischenrufer den Eindruck erweckten, als wollten sie die Versammlung sprengen, mußten sie bald erkennen, daß es schwieriger ist, Rede und Antwort zu stehen als mit kernigen Worten so zu tun, als wüßten sie, was sie wollen.

Die Befürchtungen wachsamer Polizeidirektoren, sie müßten sich auf regelrechte Saalschlachter einstellen, haben sich als nicht berechtigt erwiesen. Abgesehen von einigen kleinen Zwischenfällen, bei denen ganz hartnäckige Randalierer zur Seite geführt werden mußten, hat sich kaum etwas ereignet, was zur Beunruhigung Veranlassung geben könnte. Auch das mehr tragik-komische als ernst zu nehmende "Attenta" auf den Bundeskanzler erwies sich nicht als Politikum, sondern als der Versuch eines hoffnungslos in private Schwierigkeiten verstrickten Einzelgängers, von sich reden zu machen.

Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Herbert Wehner hat kürzlich in einer Diskussion gesagt, er rechne damit, daß der Wahlkampf zur Bundestagswahl 1969 an politischer Substanz nichts zu wünschen übrig lassen werde. Alle jene, die da meinten, durch die Regierung der Großen Koalition in Bonn sei die Bundesrepublik zu einem politischen Niemandsland ohne innere Spannung geworden, würden sich eines Besseren belehren lassen müssen. Am Vorabend der Landtagswahl in Baden-Württemberg dürfte sich diese Prognose bereits bestätigt haben. Schon jetzt ist in unserem Volk das politische Interesse gestiegen und schon jetzt schickt sich die junge Generation an, sehr deutlich zu sagen, was sie zur Überwindung der Stagnation einer bis 1966 kaum veränderbar erscheinenden politischen Landschaft selbst beizutragen gedenkt.

Daß sich hierbei auch die SPD stellen muß, ist eine Selbstverständlichkeit. Sie hat 1966 durch ihren Eintritt in die Bundesregierung verhindert, daß Wirtschaft und Währung weiter absackten, sie hat die deutsche Außenpolitik wieder in Bewegung gebracht und sie gibt der Verwirklichung unseres Grundgesetzes neue Impulse. Auch auf Landesebene, besonders in Baden-Württemberg, hat die Sozialdemokratie durch ihre Mitwirkung in der Regierung zahlreiche ihrer früher in der Opposition gemachten Vorschläge realisieren können. Es mag sein, daß dies noch nicht überall erkannt wird und daß noch manches zu tun ist, um das politische Bewußtsein in unserem Volk zu schärfen. Schärfung des politischen Bewußtseins bedeutet Politisierung des öffentlichen Lebens auf allen Ebenen. Wenn der Landtagswahlkampf in Baden-Württemberg dazu beigetragen hat, können selbst einige turbulente Vorgänge, meist ausgelöst von Neulingen auf der politischen Bühne, ein Beitrag zur Festigung des demokratischen Staates sein. Die Politik in der Bundesrepublik ist politischer geworden. + +

Die klassenlose Schule

Ein kühnes Experiment

Von Ulrich Mackensen

Rund 15 Kilometer von der südlichen Stadtgrenze Hamburgs bei Neugraben-Fischbek entfernt, liegt das kleine Städtchen Buxtehude. Jener Ort, an dessen Existenz vor allem viele Süddeutsche nicht glauben, weil sie ihn für ein Fantasieprodukt halten, in dem einstmals der sagenhafte Wettlauf zwischen Has' und Swinegel stattgefunden haben soll.

Die Nähe der Großstadt wirkt sich nicht gerade günstig auf das kulturelle Leben der Stadt aus. Hinzu kommt, daß viele Einwohner des alten Städtchens an der Este nur hier wohnen, aber nicht arbeiten. Abends liegen seine zum großen Teil noch kopfsteingepflasterten Straßen oft wie ausgestorben da - wenn nicht gerade Schützenfest oder Jahrmarkt ist; kleine Farbtupfer im ruhigen Leben des Ortes.

Der Fremde, der zufällig durch Buxtehude fährt, die vielen Pendler, die nur hier wohnen, sie alle vermuten nicht, daß gerade in Buxtehude seit einiger Zeit eines der kühnsten Schulexperimente in der Bundesrepublik stattfindet, daß in dieser Stadt ein neuer Weg in der Ausbildung der beiden Oberklassen einer Oberschule beschritten wird, der richtungweisend ist für die Zukunft. Unter- und Oberprimen, das heißt die zwölften und dreizehnten Klassen, gibt es in der herkömmlichen Form, wie sie überall an Oberschulen und Gymnasien zu finden sind, nicht mehr. An ihre Stelle trat ein hochschulähnlicher Betrieb - auch wenn dieser Ausdruck an der Halepaghen-Schule in Buxtehude nur ungern gehört wird.

Von folgender Überlegung gingen die Verantwortlichen, an ihrer Spitze der Direktor der Halepaghen-Schule, aus: die starre Abhängigkeit der Lernenden von den Lehrenden, das vielfach noch vorhandene patriarchalische Gehabe der Lehrer und viele, zu viele Vorschriften, zu denen auch das Rauchverbot in der Schule selbst für achtzehnjährige Schüler gehört, sind Dinge, die man zumindest den Schülern der zwölften und dreizehnten Klassen nicht mehr zumuten will. Diese Schüler, von denen viele ja auch nach dem Abitur den mehr auf Eigenarbeit ausgerichteten Lehrbetrieb an Hochschulen und Universitäten kennenlernen würden, sollten vielmehr rechtzeitig auf diese Art zu arbeiten vorbereitet werden.

Nicht nur das. Auch für die Abiturienten, die anschließend nicht studieren wollen, könne es nur nützlich sein, schon bewiesen und gelernt zu haben, was es heißt, aus freier Entscheidung und in - größtenteils - eigener Verantwortung zu arbeiten. Schließlich wird damit auch nur das niedersächsische Schulgesetz in die Tat umgesetzt, in dem es u.a. heißt: "Die Schulen haben die Aufgabe, die ihnen anvertrauten jungen Menschen zu selbständig denkenden und verantwortungsbewußt handelnden Bürgern eines demokratischen und sozialen Rechtsstaates zu erziehen."

Praktisch sieht das folgendermaßen aus: Klassen im herkömmlichen Sinne gibt es nur bis einschließlich Obersekunda, also der Klasse elf.

Die zwölften und dreizehnten Klassen sind aufgelöst worden. An ihre Stelle treten Arbeitsgruppen, in denen die früheren Primaner beider Klassen gemeinsam lernen. Zu Beginn des Schuljahres wird am "Schwarzen Brett" eine Art Vorlesungsverzeichnis ausgehängt. Die Schüler wählen sich daraus, was ihnen paßt, ähnlich wie die Studenten ihre Kollegs.

So gibt es beispielsweise für Deutsch und Gemeinschaftskunde je sechs, für Mathematik und Englisch je fünf und für Französisch drei Arbeitsgruppen. Wie die AG wählen sich die Schüler auch ihre Lehrer selbst aus. Das alte Argument: "Der gibt mir immer schlechte Zensuren, weil er etwas gegen mich hat", zieht nicht mehr. Um zu verhindern, daß Arbeitsgruppen bei einigen, besonders beliebten Lehrern überlaufen sind, während bei anderen möglicherweise gähnende Leere herrscht, ist die Höchstzahl der Teilnehmer an einer AG auf 20 begrenzt worden.

Jede Arbeitsgruppe innerhalb des gleichen Faches enthält zudem noch die Möglichkeiten, auf besondere Interessen einzugehen. So bieten sechs Deutschlehrer z.B. verschiedene Stoffe lebender deutschsprachiger Autoren an. Gruppe 1 behandelt "Der geteilte Himmel" der DDR-Autorin Christa Wolf, Gruppe 2 Max Frischs "Andorra", Gruppe 3 Gertrud von le Forts "Die letzte am Schafott". Ähnlich ist die Aufteilung bei den anderen Fächern.

Geändert wurde an der Halleschen-Schule auch die Dauer der Schulstunde. Sie währt normalerweise 45 Minuten, ein Zeitraum also, der in den wenigsten Fällen ausreicht, um tiefer in ein Thema einzudringen. Die Arbeitsgemeinschaften haben dafür neunzig Minuten Zeit.

Der freien Wahl der Fächer und Lehrer ist in Buxtehude eine weitere ehrwürdige Institution zum Opfer gefallen: der Klassenlehrer. An seine Stelle ist ein Gruppensprecher, ein Schüler also, getreten, der von der jeweiligen Arbeitsgruppe gewählt wird. Die Sprecher bilden gemeinsam einen Konvent, der in regelmäßigen Abständen die Eltern einlädt, Schwierigkeiten der Stundenpläne behebt und selbst die Anträge für Schülerfahrkarten abzeichnet. Das erleichtert wiederum den Lehrern das Unterrichten, weil sie weniger Zeit für Verwaltungsarbeiten aufwenden müssen. Verschwunden ist selbstverständlich auch das Klassenbuch.

Beinahe revolutionär mutet die Tatsache an, daß selbst der Schulbesuch weitgehend auf dem Prinzip der Freiwilligkeit beruht. Wer meint, er könne es sich leisten, einmal einen Tag zu fehlen, weil er den Stoff so gut beherrscht, der fehlt eben. Auswüchse kamen dabei bisher nicht vor.

Aus dem Kreis der Lehrer kann sich jeder der früheren Ober- und Unterprimaner einen Tutor ("älterer Freund") wählen, mit dem er seine Probleme bespricht, der ihm Wege aufzeigt, wie mögliche Schwierigkeiten am besten und schnellsten behoben werden können.

Und welche Erfolge konnten bisher mit diesem System erzielt werden? Ein Ergebnis spricht jedenfalls für sich: Die Zahl der Befreiungen vom mündlichen Abitur ist wesentlich gestiegen.

Forderungen der französischen Kommunisten

Wie sich das Zentralkomitee "das Frankreich nach de Gaulle vorstellt"

Von Georg Scheuer, Paris

Die letzten Bemühungen der Sozialdemokratischen Föderation (FGDS) um direkte Verständigung mit Lecanuets Zentrum (CD) verärgern die KPF, deren Zentralkomitee dieser Tage in Courneuve bei Paris vor "Klassenzusammenarbeit mit der Bourgeoisie" warnte. Besonderen Unmut erregte die Tatsache, daß die sozialdemokratische Parlamentsfraktion auf Veranlassung ihres Vorsitzenden Gaston Defferre den letzten Mißtrauensantrag gegen die Regierung Pompidou ohne vorherige Absprache mit den Kommunisten einbrachte, in der offensichtlichen Absicht, zentristische und konservative Abgeordnete zu gewinnen. Trotz dieser Annäherung zwischen französischen Sozialdemokraten und einem Teil der bürgerlichen Mitte, waren die Kommunisten gezwungen, für den sozialdemokratischen Mißtrauensantrag zu stimmen, zugleich verhärteten sie aber ihre innen- und außenpolitischen Positionen.

Kommunistische Minister?

Hervorgestrichen wird in dem Referat des Generalsekretärs Waldeck Rochet, daß die FGDS "nur" für Nationalisierung der französischen Geschäftsbanken, der Rüstungs- und Raumfahrtindustrie sei, während die KPF auch Schlüsselindustrien wie Elektronik, Flugwesen, Chemie, Hütten- und Automobilindustrie verstaatlichen will.

Die Forderung nach Ernennung kommunistischer Minister in einer kommenden Regierung "nach" de Gaulle - wie bereits in den ersten Regierungen de Gaulles 1943-46 - wird erneut erhoben, ohne Präzisierung auf welche Ministerien die KPF Anspruch erhebt. Man entnimmt daraus, daß es sich höchstens um zweitrangige Ministerien handeln könnte - wie schon in den Nachkriegsregierungen unter dem Vorsitz de Gaulles - nicht aber um Schlüsselpositionen, wie das Außenamt, das Innenministerium oder die Landesverteidigung.

"Pluralismus"

Die Februarerklärung, in welcher FGDS und KPF gemeinsame Positionen und Gegenstände fixierten, wird vom Zentralkomitee als bloße "Etappe" bezeichnet; weiterhin pocht man auf ein "wirkliches und gemeinsames Programm für sozialen Fortschritt und Frieden". In diesem Zusammenhang wird die FGDS von Waldeck Rochet "zugleich als Verbündeter und als Rivale" bezeichnet. In freimütiger Ausdrucksweise konstatiert der KPF-Generalsekretär, daß jede Partei auf eigene Faust Volksmassen zu gewinnen sucht:

- * "In einem Augenblick, in welchem die FGDS sich bemüht,
- * ihre Kräfte zu entwickeln, muß unsere Kommunistische
- * Partei gleichfalls hartnäckig neue soziale Schichten
- * zu gewinnen versuchen. Dazu ist selbstverständlich ein
- * konsequenter Kampf auf beiden Fronten notwendig: gegen
- * den Dogmatismus und gegen den Rechtsopportunisten."

Die Auseinandersetzungen innerhalb der KPF rücken damit in den Mittelpunkt der Debatte. Die KPF-Führung bemüht sich in verstärktem Maße, den besonderen Gegebenheiten Frankreichs Rechnung zu tragen: "Die Existenz mehrerer Parteien gehört zu den demokratischen Traditionen Frankreichs." Infolgedessen soll der "Weg zum Sozialismus" in Frankreich mit einem Mehrparteiensystem ("Pluralismus") möglich sein.

Keine "Überstürzung"

Was versteht die KPF aber wirklich unter Demokratie und Mehrparteiensystem? Die meisten Franzosen betrachten die Entwicklung der KPF mit Skepsis. Umso mehr als die Äußerungen von Waldeck Rochet zu den Ereignissen in der Tschechoslowakei und in Polen - wo es nach kommunistischer Terminologie ja auch so etwas wie "Demokratie" und "Mehrparteiensystem" gibt - nicht gerade ermunternd sind.

Zunächst hütet sich die KPF "vor übereiltem Urteil". Diese Vorsicht ließ sie schon zu den Zeiten Stalins und dann Chruschtschows walten. Im Vergleich beispielsweise zur KP Italiens war die KPF fast immer in Hintertreffen und unterstützte zumeist die reaktionären Strömungen gegen die Fortschritts- und Freiheitstendenzen in den kommunistischen Ländern.

Zwischen Pankow und Prag

Nun betont sie auf ihrer letzten ZK-Lagung in La Courneuve ausschließlich die "Aufrechterhaltung der sozialistischen Fundamente" und die "Beibehaltung der kommunistischen Führerrolle" in Prag, als ob sich sonst dort nichts ereignet hätte. Für Warschau wird vor allem Gomalkas Verurteilung "einer Handvoll antisowjetischer reaktionärer Elemente", der Kampf gegen den Zionismus und die "brüderliche Freundschaft mit der Sowjetunion" notiert.

Mit einem Wort, zum Unterschied von den kommunistischen Parteien in Belgrad, Bukarest und Rom steht die KPF im Schatten der tschechoslowakischen Entwicklung fast vollständig auf der von Moskau festgelegten Linie. Zugleich wird allerdings auch der in Pankow gezeigte Überreifer vermieden.